

»Unsere Stadt ist faktisch bankrott«

Verdeckte Kredite, entmündigte Ratsmitglieder: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen SPD- Oberbürgermeisterin in Mülheim an der Ruhr. Ein Gespräch mit Lothar Reinhard

Interview: Claudia Wangerin

Lothar Reinhard ist Sprecher der fünfköpfigen Stadtratsfraktion der Wählergemeinschaft der Mülheimer Bürgerinitiativen

Ihre Fraktion hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Mülheimer SPD-Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld eingereicht. Sie werfen ihr u. a. die Nichtbeachtung des Grundsatzes der sparsamen Haushaltsführung beim Abschluß eines Mietvertrages für das eigene Rathaus vor. Was hat es damit auf sich?

Unsere Stadt ist faktisch bankrott, hat aber formal einen ausgeglichenen Haushalt. Das liegt an Bilanzierungstricks. Mit der sogenannten Ausgleichsrücklage, die aus städtischem Eigentum, sprich, Straßen und Häusern besteht, werden Kredite abgedeckt. Diese Rücklage ist aber nicht real, denn man kann ja nicht einfach eine Grundschule verkaufen, um mit dem finanziellen Gegenwert Schulden zu bezahlen. Außerdem ist diese Rücklage fast vollständig aufgebraucht. Von dem fiktiven Geldwert, der in der Eröffnungsbilanz benannt wurde, sind vielleicht noch zehn Millionen übrig. Die nächste größere städtische Maßnahme würde uns sofort wieder in den Nothaushalt katapultieren. Das wird durch Umwegfinanzierungen verhindert.

Wie funktioniert das?

Mit Hilfe von »Public-Private-Partnerships« oder halbstädtische Tochtergesellschaften. Da die Stadt pleite ist, aber trotzdem viele Projekte umsetzen will, wird fast alles durch verdeckte, an sich unerlaubte, Kredite über GmbH-Töchter oder private Firmen finanziert. Das betrifft zum Beispiel den Umbau der Stadthalle, den Feuerwehrneubau und nicht zuletzt die Rathaussanierung. Das ist insgesamt unseriös, zum Teil abenteuerlich und zementiert die Verschuldung auf Generationen. Städtisches Eigentum wird aus der Hand gegeben und teuer zurückgemietet.

Wie läuft das im Fall der Rathaussanierung konkret ab?

Der Altbau des Rathauses wird von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWB saniert, die aber nicht vollständig städtisch ist, sondern zur Hälfte dem RWE-Konzern gehört. Die Sanierung kostet rund 35 Millionen Euro. Soviel kann die Stadt nicht flüssig machen. Deshalb wurde das Rathaus der SWB übertragen. Laut Erbbaupachtvertrag muß es für die nächsten 50 Jahre zurückgemietet werden. Die Miete für diesen Zeitraum übersteigt natürlich die Kosten für die Sanierung, denn die SWB will ja daran verdienen. Aber für den Moment sieht es in der

Bilanz so aus, als hätte die Stadt keine weiteren Schulden gemacht. Faktisch tut sie das aber auf Generationen hinaus.

Wie transparent waren und sind diese Vorgänge für die Ratsmitglieder Ihrer Fraktion?

Überhaupt nicht transparent. Deshalb kam es in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause zum Eklat. Die Vertreter der MBI haben unter Protest den Saal verlassen, weil die Oberbürgermeisterin zusammen mit SPD- und CDU-Abgeordneten schon per Dringlichkeitsbeschluss eine 40-Millionen-Euro-Bürgschaft für die Umwegfinanzierung in die Wege geleitet hatte. Der Rat sollte sie nachträglich und nicht-öffentlich abnicken. Als die MBI-Vertreter dazu öffentlich Fragen stellten, wurde ihnen das Frage- und Antragsrecht entzogen. Ein ungeheurer Vorgang, der sehr nach Vertuschung aussieht. Die Finanzierung des Rathauses ist eine öffentliche Angelegenheit, über die auch öffentlich beraten werden muß. Wir sehen darin eine Entmündigung der Ratsmitglieder und einen Verstoß gegen das Gebot des Minderheitenschutzes. Deshalb ist die Aushebelung der Demokratie ein weiterer Punkt unserer Dienstaufsichtsbeschwerde, die wir bei der Bezirksregierung in Düsseldorf eingereicht haben. Eine Reaktion haben wir allerdings noch nicht bekommen.

Wie würde denn Ihre Fraktion den Haushalt der Stadt in Ordnung bringen?

Da muß man an verschiedenen Stellen ansetzen. Einerseits müßte man die Ausgaben einschränken, ohne die soziale Infrastruktur zu zerstören. Es gibt behördliche Wasserköpfe, die auf den Prüfstand sollten. Außerdem könnte bei uns im Ruhrgebiet auch die Kooperation mit den Nachbarstädten helfen, zumal die Kommunen insgesamt schrumpfen und nah beieinander liegen – wir sind ja bald eine große Stadt.

Anmerkung MBI:

„l'état c'est moi!“ sagte einst der Sonnenkönig Louis und er verpulverte das Geld ohne Schranken für sein Prestigeobjekt Versailles – bis zum Staatsbankrott, der Mitursache der französischen Revolution war.

„Die Stadt bin ich!“ und der Etat ist mir egal, wenn er nur richtig manipuliert ist, damit ich mein Prestigeobjekt Ruhrbania umsetzen kann. So ungefähr scheint das Denken der modernen „sunqueen“ von der Ruhr, die gerade das eigene Rathaus im Neubauteil abreißen und im alten, denkmalgeschützten Teil sanieren und aufhübschen lässt.



SPD-OB Dagmar Mühlenfeld – Karikatur: MBI